Klassenkampfes zu nehmen), eignen sich gewöhnlich vortrefflich die tiefe (philosophische, historische, politische, psychologische) Wahrheit an, die Engels dargelegt hat.

Jeder Proletarier hat einen Streik durchgemacht, hat „Kompromisse" mit verhaßten Unterdrückern und Ausbeutern erlebt, — wo die Arbeiter die Arbeit aufnehmen mußten, entweder ohne etwas erreicht zu haben, oder unter Eingehen auf nur teilweise Befriedigung ihrer Forderungen. Jeder Proletarier beobachtet, dank der Situation des Massenkampfes und der starken Zuspitzung der Klassengegensätze, in der er lebt, den Unterschied zwischen einem Kompromiß, das durch objektive Bedingungen erzwungen ist (die Kasse der Streikenden ist leer, sie erhalten keine Unterstützung von auswärts, sie haben bis zum Aeußersten gehungert und sind erschöpft), einem Kompromiß, das die revolutionäre Hingebung und Bereitschaft zu weiterem Kampfe der Arbeiter, die dieses Kompromiß abschließen, durchaus nicht beeinträchtigt — und, andererseits, einem Kompromiß der „Verräter", die ihre Angst um die eigene Haut (auch Streikbrecher gehen „Kompromisse" ein), ihre Feigheit, ihren Wunsch, sich an die Kapitalisten anzuschmieren, ihre Nachgiebigkeit gegenüber Einschüchterungen, manchmal auch gegenüber Bestechungen, manchmal Almosen, manchmal Schmeicheleien seitens der Kapitalisten auf objektive Ursachen abwälzen (besonders viele solcher Kompromisse von Verrätern enthält die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung seitens der Führer der englischen Trade Unions, aber in dieser oder jener Form haben fast alle Arbeiter in allen Ländern eine analoge Erscheinung beobachtet).

Es gibt natürlich einzelne, außerordentlich schwierige und verwickelte Fälle, wo es nur mit größter Anstrengung gelingt, den wirklichen Charakter dieses oder jenes „Kompromisses" zu bestimmen — wie es Fälle von Mord gibt, wo es nicht leicht ist, zu entscheiden, ob ein zu rechtfertigender oder sogar notwendiger Mord vorliegt oder eine unverzeihliche Fahrlässigkeit oder sogar ein feindurchführter hinterlistiger Plan. Es versteht sich, in der Politik, wo es sich oft um äußerst komplizierte nationale und internationale — Wechselbeziehungen zwischen den Klassen und Parteien handelt, wird es sehr viele schwierigere Fälle geben, als die Frage eines zulässigen „Kompromisses" beim Streik oder eines verräterischen „Kompromisses" des Streikbrechers, des verräterischen Führers usw.

Ein derartiges Rezept oder eine solche allgemeine Regel („keinerlei Kompromisse") zu fabrizieren, die auf alle Fälle paßt, das ist eine Absurdität. Man muß einen eigenen Kopf auf den Schultern haben, um sich in jedem einzelnen Falle zurechtzufinden. Darin besteht u. a. die Bedeutung der Parteiorganisation und der Parteiführer (die diesen Titel verdienen), daß durch langwierige, beharrliche, verschiedenartige, allseitige Arbeit aller denkenden Vertreter der gegebenen Klasse, die notwendigen Kenntnisse, die notwendige Erfahrung, der notwendige — außer Wissen und Erfahrung — politische Instinkt herausgearbeitet wird, um komplizierte politische Fragen schnell und richtig zu lösen.

Ein Bluff des SPD.-Vorstandes

Wahlprotest gegen Hindenburg.

Um zu beweisen, was für ein tüchtiger „Bekämpfer" der Hindenburg-Reaktion er ist, hat der sozialdemokratische Parteivorstand gegen die Gültigkeit der Reichspräsidentenwahl beim Wahlprüfungsgericht „Einspruch" erhoben. Dies Wahlprüfungsgericht besteht nach einem 1920 vom Reichstag angenommenen Gesetz aus drei Abgeordneten (dem Zentrumsmann Dr. Spahn, dem Volksparteiler Dr. Kahl, dem Sozialdemokraten Dittmann) und zwei Reichsgerichtsräten. Es tritt am 8. Mai zusammen, um über die einzelnen Fälle von Wahlbeeinflussungen, Wahlterror und Betrügereien wie Stimmzettelfälschungen zugunsten Hindenburgs zu beschließen, ob auf Grund der einzelnen Verstöße gegen das Wahlgesetz und die Wahlfreiheit die Reichspräsidentenwahl kassiert wird oder nicht.

Selbstverständlich wird Hindenburgs Wahl nicht kassiert werden, obwohl sie durch Erpressungen, Verrufserklärungen, durchsichtige und gefälschte Stimmzettel und durch ungesetzliche Eingriffe vieler Wahlvorsteher und „republikanischer" Beamter zustande gekommen ist. Der sozialdemokratische Protest führt eine ganze Reihe derartiger Wahlterrorakte und Beispiele von Wahlbeeinflussungen und Fälschungen an.

Das Wahlprüfungsgericht wird einige dieser Fälle rügen, im übrigen es jedoch bei der Wahl Hindenburgs belassen. Die SPD. wird sich für überstimmt erklären und ihren „Kampf" für den reaktionären Terror (der, wie der „Vorwärts" schreibt, im Lande umgeht) auf die nächsten Wahlen und auf den nächsten Wahlprotest verschieben.

Die große staatsmännische Aktion des SPD.-Parteivorstandes ist nichts anderes als einer der vielen Blender, aus denen die sozialdemokratische „Real"politik ausschließlich besteht. Die sozialdemokratischen Führer wissen, daß sie ihren Wählern eine „Tat" gegen die monarchistische Reaktion schuldig sind. Also wird protestiert und an die „republikanischen" Instanzen appelliert, um damit eine Aktion gegen die Monarchisten vorzutäuschen. Wie bequem ist doch ein Kampf gegen die monarchistische Reaktion auf dem Boden des parlamentarischen Systems und der Verfassungsbestimmungen! Die Presse des Hindenburg-Blocks nimmt denn auch die Protestgeste der SPD. mit Gelächter auf. Zu gleicher Zeit verbeugen sich die Koalitionsbrüder vom Zentrum und von den Demokraten vor Hindenburg. Ihre Presse ist unwillig über die ungeschickte Demagogie der SPD. Deren Protest sei „wenig zweckmäßig" und der Antrag auf Ungültigkeitserklärung wäre „gesetzlich gar nicht durchzuführen". Eine solche Aktion tut den Monarchisten, die sich dank sozialdemokratischer Regierungsweisheit in den Richter- und Verwaltungsstellen breit machen und die dementsprechend auch den republikanischen Staatsapparat beherrschen, gar nicht wehe. Mit papiernen Protesten und Appellen an die Verfassung wird der monarchistischen Reaktion und ihren Prätendenten nicht beizukommen sein. **Der offene Brief der KPD.** gibt **konkrete Methoden** der **wirklichen** Bekämpfung der Monarchisten an. Diese Vorschläge haben die sozialdemokratischen Koalitionspolitiker abgelehnt und statt dessen erneut die Kuhhandelei mit den Deutschnationalen in Preußen um eine gemeinsame Regierung aufgenommen.

Die Schaumschlägerei des SPD.-Vorstandes wird die acht Millionen sozialdemokratischer Wähler nicht von erneuten Fragen an die sozialdemokratischen Führer abbringen:

Was tut ihr ernsthaft gegen die monarchistische Reaktion?

Der Hinweis auf papierne Proteste und große Redensarten wird auf die Dauer die sozialdemokratischen Wählermassen nicht befriedigen. Sie werden mit Hilfe kommunistischer Aufklärung einsehen, daß der Kampf gegen Hindenburg nur erfolgreich auf dem Boden des Klassenkampfes und nicht im Sumpfe der bürgerlich-monarchistischen Koalition geführt werden kann.

Einig im Steuerraub

von den Völkischen bis zur SPD.

Berlin, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Löbe, Sozialdemokrat und Präsident des Reichstages, hatte in der Sitzung des Aeltestenausschusses vorgeschlagen, wegen der großen, grundlegenden Bedeutung der Steuergesetze, bei der ersten Beratung zwei Redner von jeder Fraktion zu Worte kommen zu lassen. Die erste Rednerreihe war heute mit der Rede des völkischen Abgeordneten beendet. Als die zweite über die Schlieben-Steuern beginnen sollte, teilte der Vizepräsident mit, daß **alle Parteien von den Völkischen bis zu den Sozialdemokraten auf den zweiten Redner verzichten,** damit die Steueranträge möglichst schnell in die Dunkelkammer der Ausschüsse verschwinden. Hinter den Kulissen hatten also die Schwarz-Rot-Gelben mit den schwarz-weiß-roten Regierungsparteien beschlossen, die **reaktionären Steuervorschläge des monarchistischen Finanzministers** v. Schlieben **möglichst schnell der öffentlichen Kritik zu entziehen.** Und die Sozialdemokraten, die in ihren Blättern von einem „Kampf gegen die reaktionären Steuermaßnahmen" schreiben, schlossen durch Verzicht auf einen zweiten Redner **diesen Pakt mit dem Block der Steuerräuber.** Der einzige Redner war Genosse Koenen.

Genosse Koenen führte aus: Der Verzicht der übrigen Parteien auf die Reden der zweiten Garnitur ist symptomatisch für die Vereinbarungen, die auch auf anderen Gebieten zwischen den angeblich so streitenden Marx- und Hindenburgparteien bestehen. Das nennt sich „Steuerkampf". Die Herren „Republikaner", die Sozialdemokraten insbesondere, behaupten, daß auf dem Boden des Parlaments ausschließlich die Entscheidung über das Schicksal des Volkes falle. Jetzt haben sie Gelegenheit, mit dem Rechtsblock abzurechnen, was sie ihren acht Millionen Wählern versprachen. **Aber da schweigen die Sozialdemokraten in Einheitsfront mit Zentrum, Deutschnationalen und Stinnespartei.**

Heute redet niemand mehr von „Lastenverteilung". Heute liegen

alle Lasten auf den Schultern der werktätigen Massen.

Wie sieht es mit dem Kampf der Sozialdemokraten gegen diese Steuern aus? Selbst die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den übrigen Steuerzahlern zu schaffen, **lehnt die Sozialdemokratie ab.** Durch die verfluchte Methode des Lohnabzuges werden die Arbeiter betrogen. Ihnen wird der letzte Pfennig besteuert, während eine andere Schicht der Bevölkerung sich um jede Steuer drücken kann. Der Sozialdemokrat Braun hat in der Nationalversammlung **die Lohnsteuer die „beste und gerechteste Form der Steuerbeitreibung"** genannt, und der sächsische Minister Fellisch nannte den Lohnabzug sogar eine „revolutionäre" Steuer. Angesichts der Steuerergebnisse des letzten Jahres kann wohl **keine Rede mehr von einem gerechten Steuersystem** sein. Wir haben die Aufhebung dieses systematischen Steuerraubes beantragt, aber

die Sozialdemokraten haben mit den Deutschnationalen die Aufhebung des Lohnabzuges jedesmal abgelehnt.

Die Sozialdemokraten haben damit **das Kapital begünstigt.** Beweisen Sie, daß es den Arbeitern, Angestellten, Beamten und versinkenden Mittelschichten nicht schlechter geht, wie den Besitzenden! (Zuruf aus dem Zentrum: „Sie werden gerecht behandelt!") Es ist also „gerecht", daß die **Besitzenden schwindeln, lügen und betrügen dürfen.** (Erneuter Zuruf: „Nachweisen!") Der Steuersekretär Poppitz hat im Steuerausschuß erklärt, daß die **Steuermoral so gesunken** ist, daß es nicht möglich sei, den **alten Steuertarif mit 60 Prozent aufrechtzuerhalten.** Wenn sie mit 33⅓ Prozent belastet sind, schwindeln sie noch so, daß es **selbst der kaiserliche Staatssekretär nicht mehr ertragen kann;** denn das ist Ihr Vorrecht. Die Arbeiter dagegen werden „gerecht" behandelt.

Nur durch die kommunistischen Anträge werden **die wirklichen Interessen der Arbeiterschaft vertreten.** Die Kommunistische Partei hat dem schwarz-rot-goldenen Block, insbesondere den Sozialdemokraten, Gelegenheit gegeben, einmal zu beweisen, ob sie **die bescheidensten Forderungen zum Kampfe gegen die Monarchisten wahrmachen wollen.** Die Sozialdemokraten haben auf unseren Offenen Brief nicht geantwortet.

Das Reichsbanner ist schon zu Hindenburg eingeschwenkt. Severing erklärt seine „Mission für erledigt". **Demokraten und Zentrum gehören schon längst zum Bürgerblock,** denn sie sitzen in der **monarchistischen Reichsregierung,** die von Hindenburg bestätigt werden wird. Das nennt sich Bürgerblock. In Wirklichkeit ist es die **schwarz-weiß-rot-goldene Koalition von Hindenburg bis Marx,** und die Sozialdemokratie ist letztlich der **Anhang des Zentrums und der Demokraten** für diese Bürgerblockregierung.

Große Funktionär-Versammlung

Dienstag, den 12. Mai, abends 7,30 Uhr im „Bürgerkasino".
Thema: Bericht vom Zentralausschuß.

Es sind sofort Flugblätter im Sekretariat abzuholen!

U. B. 6

Es dämmert bei den SPD.-Arbeitern

Der unerhörte Verrat ihrer „linken" Führer bei der Präsidentenwahl hat viele sozialdemokratische Arbeiter erbittert und manchem die Augen geöffnet. Ganz offen ist die Empörung im Zwickauer Bezirk. Nicht nur die Mitglieder, auch die **Funktionäre verweigern die Parteiarbeit.** So z. B. in der Wilkauer Ortsgruppe der SPD. Den Wilkauer SPD.-Arbeitern wollte es, wie so vielen Arbeitern, nicht in den Kopf, daß ein reaktionärer Zentrumspfaffe, Marx, als den man ihnen vor wenigen Wochen im „Sächsischen Volksblatt" hingestellt hatte, mit einemmal ein Vertreter der Arbeiterschaft sein sollte. Sie hatten deswegen einstimmig beschlossen, keine Wahlarbeit zu leisten. **Die Folge war, daß man ihnen Paul Levi auf den Hals schickte,** um sie wieder umzustimmen. Und es gelang dem Paul auch, einen Teil wieder „zur Vernunft" zu bringen, wogegen indessen der andere Teil nach wie vor hartnäckig jede Wahlarbeit ablehnte.

Das Ende vom Liede war, daß die beiden Vorsitzenden ihre Aemter niederlegten. Die einzige Wahlarbeit leistete ein alter pensionierter Gewerkschaftsbeamter, der mit Kleistertopf und Plakaten die Plakatsäulen bearbeitete. Am Wahltage enthielten sich viele SPD.-Arbeiter der Stimme und gerade solche, die sonst immer gegen den Wahlsäumigkeit wetterten. Die Folge der verräterischen SPD.-Politik war dann auch eine über **hundertprozentige Stimmenzunahme der Kommunisten** in **Wilkau.**

Der anläßlich der Wahl geöffnete Riß in der Wilkauer SPD. ist nun nicht etwa jetzt wieder verkleistert. Der Verrat war zu groß, als daß ihn die SPD.-Arbeiter so mir nichts dir nichts überwinden könnten. **Der Riß zeigt sich sogar in der Stadtverordnetenfraktion, wo die sozialdemokratischen Gemeindeverordneten gegen ihren einzigen Fraktionsführer stimmten.**

Wie gesagt, es dämmert bei den SPD.-Arbeitern. Aber damit ist es nicht genug. Die SPD.-Arbeiter müssen Klarheit gewinnen. Sie müssen erkennen, daß sie innerhalb ihrer Partei auch in Zukunft verraten werden, daß im Rahmen ihrer Partei keine Möglichkeit besteht, Arbeiterpolitik zu betreiben, weil die SPD. an die Bourgeoisie gekettet ist.

Enthüllte Kommunistenhetze

Vor einiger Zeit verbreiteten die Zeitungen eine Meldung über ein Attentat auf das königliche Palais in Sofia. An diese Meldung knüpfte sich die wüsteste Kommunistenhetze. Jetzt meldet WTB.:

„Die auch in die Berliner Presse übergegangene Meldung, daß durch den Versuch der Unterminierung des königlichen Palais ein Anschlag auf König Boris unternommen werden sollte, entbehrt jeder Grundlage."

Damit ist der Schwindel über die kommunistischen Attentate enthüllt. Die Bourgeoisiebande benutzte die Meldung aber, um die Mordorgien der Zankoff-Regierung zu decken.

Die SPD.-Arbeiter gegen den Verrat der Führer

Breslau, 9. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Eine Mitgliederversammlung der SPD. Breslau nahm eine Resolution mit 94 gegen 90 Stimmen an, in der verlangt wird, daß die SPD. keine Koalitionspolitik mehr treiben und zur Vorkriegstaktik zurückkehren soll.

Neue „Friedensbotschaft"

Berlin, 9. Mai. Die Morgenblätter melden aus Washington: Der Vorsitzende des Marinekomitees des Kongresses, Butler, sagte, er werde in der nächsten Tagung dem Kongreß dringend empfehlen, daß die hawaiischen Inseln zum stärksten militärischen Stützpunkt der Welt gemacht werden sollen.

Die Amsterdamer gegen die Gewerkschaftseinheit

Wolffs Telegraphen-Bureau verbreitet folgende Meldung:

Amsterdam, 8. Mai. Wie verlautet, soll auf der Tagung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes die Frage der Zulassung des russischen Gewerkschaftsbundes nicht erörtert werden, weil der Internationale Gewerkschaftsbund noch keine Antwort auf den vom Generalrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 7. Februar gefaßten und dem russischen Verband zur Stellungnahme übermittelten Beschluß erhalten hat. Dieser Beschluß brachte die Bereitschaft des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum Ausdruck, mit dem russischen Gewerkschaftsbunde zu einer gemeinsamen Sitzung in Amsterdam zusammenzutreten, falls dieser den Wunsch zu erkennen gebe, zum Internationalen Gewerkschaftsbund zugelassen zu werden.

Die Meldung beweist, daß die Amsterdamer die Gewerkschaftseinheit mit den russischen Gewerkschaften nicht wollen. Sie verlangen von den russischen Organisationen die Amsterdamer Politik anzunehmen, also in Deutschland mit zu Hindenburg zu gehen.

Es ist wohl ganz klar, daß die Amsterdamer jetzt jede Gemeinschaft mit den russischen Kampforganisationen verhindern wollen, wie sie sich allenthalben mit der schwärzesten Reaktion verbinden.

Arbeiter, erkämpft die Gewerkschaftseinheit!

Republikanische „Real"politik

Hörsings Reichsbanane beherrscht die Situation